

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 2. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 14. 07. 95

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 2. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 78/95

Bonn, den 2. Juni 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 14. 07. 95

Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 2. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 2. April 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie gleichzeitig das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Дагавор
паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія
і Рэспублікай Беларусь
аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Republik Belarus –

Федэратыўная Рэспубліка Германія
 і
 Рэспубліка Беларусь,

In dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils zu vertiefen,

In dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

In der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, alle Formen der wirtschaftlichen Initiative, insbesondere im Bereich der privaten unternehmerischen Tätigkeit zu stärken und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Unternehmen und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

жадаючы паглыбляць эканамічнае супрацоўніцтва паміж двюма дзяржавамі на аснове раўнапраўя і ўзаемнай выгады,

імкнучыся стварыць спрыяльныя ўмовы для ажыццяўлення інвестыцый інвестараў адной дзяржавы на тэрыторыі іншай дзяржавы,

усведамляючы, што садзейнічанне ажыццяўленню і дагаворная ахова гэтых інвестыцый могуць умацаваць усе формы эканамічнай ініцыятывы, у прыватнасці, у галіне прыватнай прадпрыемальніцкай дзейнасці, і памножыць дабрабыт абодвух народаў,

дамовіліся аб ніжэйпададзеным:

Артыкул 1

Для мэт дадзенага Дагавора:

1. тэрмін „інвестыцыі“ ахоплівае ўсе віды маёмасных каштоўнасцей, у прыватнасці, але не выключна:
 - a) маёмасць у выглядзе рухомай і нерухомай маёмасці, а таксама іншыя маёмасныя правы, такія як іпатэчныя правы і правы залогу;
 - b) правы на долевые ўдзел і іншыя формы ўдзелу ў прадпрыемствах;
 - c) права патрабавання па грашовых сродках, выкарыстаных для стварэння эканамічных каштоўнасцей, ці паслугах, якія маюць эканамічную каштоўнасць;
 - d) правы інтэлектуальнай маёмасці, такія як, у прыватнасці, аўтарскія правы, патэнты, карысныя мадэлі, прамысловыя ўзоры і мадэлі, таварныя знакі, фірменныя назвы, вытворчыя і камерцыйныя тайны, тэхналогія, „ноў-хаў“ і „гудвіл“;
 - e) канцэсіі, уключаючы канцэсіі на разведку і здабычу прыродных рэсурсаў;
 змяненне віду ўкладання маёмасных каштоўнасцей не закранае іх уласцівасці як інвестыцый;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“
 - a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - natürliche Personen, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind,
 - Gesellschaften, das heißt jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - b) in Bezug auf die Republik Belarus:
 - natürliche Personen, die gemäß dem Gesetz der Republik Belarus über die Staatsangehörigkeit Staatsangehörige der Republik Belarus und berechtigt sind, Kapitalanlagen vorzunehmen,
 - juristische Personen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Belarus haben, dort registriert sind und berechtigt sind, Kapitalanlagen vorzunehmen;
4. umfaßt der Begriff „freier Transfer“:
 - a) Umtausch der in Landeswährung der Vertragspartei anfallenden Beträge in konvertierbare Währung und die anschließende Ausfuhr dieser Beträge in frei konvertierbarer Währung;
 - b) Ausfuhr von in frei konvertierbarer Währung als Ergebnis einer Wirtschaftstätigkeit anfallenden Geldbeträgen.
2. тэрмін „даходы“ азначае сумы, атрыманыя за пэўны перыяд у выніку інвестыцый, такія як долі прыбытку, дывідэнды, працэнты, ліцэнзійныя ці іншыя выплаты;
3. тэрмін „інвестары“ азначае:
 - a) у адносінах да Федэратыўнай Рэспублікі Германія:
 - фізічныя асобы, што з’яўляюцца немцамі ў адпаведнасці з Асноўным законам Федэратыўнай Рэспублікі Германія;
 - таварыствы, г.з. любая юрыдычная асоба ці гандлёвае таварыства, іншыя таварыствы ці аб’яднанні з правам юрыдычнай асобы ці без яго, з месцам размяшчэння на тэрыторыі Федэратыўнай Рэспублікі Германія, незалежна ад таго, накіраваная іх дзейнасць на атрыманне прыбытку ці не;
 - b) у адносінах да Рэспублікі Беларусь:
 - фізічныя асобы, якія з’яўляюцца грамадзянамі Рэспублікі Беларусь у адпаведнасці з Законам Рэспублікі Беларусь аб грамадзянстве і маюць права на ажыццяўленне інвестыцыйнай дзейнасці;
 - юрыдычныя асобы, якія размешчаны і зарэгістраваны на тэрыторыі Рэспублікі Беларусь і правамоцныя ажыццяўляць інвестыцыйную дзейнасць;
4. тэрмін „свабодны трансфер“ уключае:
 - a) абмен сум, якія атрыманы ў нацыянальнай валюце Дагаворнага Боку, у свабодна канверсаваную валюту і далейшы перавод гэтых сум у свабодна канверсаванай валюце;
 - b) перавод сум, якія атрыманы ў свабодна канверсаванай валюце ў выніку гаспадарчай дзейнасці.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu lassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitglied-

Артыкул 2

1. Кожны з Дагаворных Бакоў па меры магчымасці будзе садзейнічаць на сваёй тэрыторыі інвестыцыям інвестараў іншага Дагаворнага Боку і будзе дапускаць гэтыя інвестыцыі ў адпаведнасці са сваім заканадаўствам. Ён у кожным выпадку будзе абыходзіцца з інвестыцыямі са ўсёй справядлівасцю.

2. Ні адзін з Дагаворных Бакоў на сваёй тэрыторыі нікім чынам не будзе абмяжоўваць інвестараў іншага Дагаворнага Боку ў кіраванні і распраджэнні іх інвестыцыямі, а таксама ў іх прымяненні і выкарыстанні шляхам прыняцця адвольных ці дыскрымінацыйных мер.

3. Інвестыцыі інвестараў аднаго Дагаворнага Боку, якія ажыццяўлены ў адпаведнасці з заканадаўствам іншага Дагаворнага Боку на яго тэрыторыі, знаходзяцца пад аховай дадзенага Дагавора.

Артыкул 3

1. Кожны з Дагаворных Бакоў забяспечвае на сваёй тэрыторыі ў адносінах да інвестыцый, якія знаходзяцца ў поўнай ці долевай уласнасці інвестараў іншага Дагаворнага Боку, рэжым не менш спрыяльны, чым у адносінах да інвестыцый уласных інвестараў ці інвестараў трэціх дзяржаў.

2. Кожны з Дагаворных Бакоў забяспечвае на сваёй тэрыторыі ў адносінах да інвестараў іншага Дагаворнага Боку ў тым, што датычыцца іх дзейнасці ў сувязі з інвестыцыямі, рэжым не менш спрыяльны, чым у адносінах да ўласных інвестараў ці інвестараў трэціх дзяржаў.

3. Гэты рэжым не распаўсюджваецца на льготы і прывілеі, якія адзін з Дагаворных Бакоў прадастаўляе інвестарам

schaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Auf Antrag des Investors werden die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsge-

трэціх дзяржаў у сувязі з яго ўдзелам у мытным ці эканамічным саюзе, агульным рынку ці зоне свабоднага гандлю ці ў сувязі з яго асацыяцыяй з імі.

4. Рэжым, які прадастаўляецца ў адпаведнасці з дадзеным Артыкулам, не распаўсюджваецца на льготы, якія адзін Дагаворны Бок прадастаўляе інвестарам трэціх дзяржаў на падставе пагаднення аб пазбяганні падвойнага падаткаабкладання ці іншых дамоўленасцей па падаткавых пытаннях.

Артыкул 4

1. Інвестыцыі інвестараў аднаго Дагаворнага Боку на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку карыстаюцца поўнай аховай і бяспёкай.

2. Да інвестыцый інвестараў аднаго Дагаворнага Боку могуць быць прыняты меры па прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці іншых меры, аналагічныя па сваіх выніках прымусовай канфіскацыі ці нацыяналізацыі, на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку толькі ў грамадскіх інтарэсах і з выплатай кампенсацыі. Кампенсацыя павінна адпавядаць вартасці канфіскаваных інвестыцый, вызначанай непасрэдна перад момантам, калі афіцыйна стала вядома аб фактычна ажыццёўленых мерах ці якія могуць адбыцца па прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці мерах з аналагічнымі вынікамі. Кампенсацыя павінна выплачвацца неадкладна і да моманту яе выплаты на суму кампенсацыі налічваецца банкаўскія працэнты ў адпаведнасці з дзеючай працэнтнай стаўкай; яна павінна быць свабодна трансферыруемай і свабодна выкарыстоўвацца. Не пазней моманту ажыццёўлення прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці меры, аналагічнай ім па свайму характару, павінен быць устаноўлены парадак вызначэння сумы і выплаты кампенсацыі. Правамернасць ажыццёўлення прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці меры, аналагічнай ім па свайму характару, а таксама памер кампенсацыі разглядаюцца па патрабаванню інвестара ў адпаведных судовых інстанцыях.

3. Інвестарам аднаго Дагаворнага Боку, якія панеслі страты па сваіх інвестыцыях на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку з прычыны вайны ці іншых узброеных сутыкненняў, рэвалюцыі, надзвычайнага становішча ці бунту, будзе прадастаўлены гэтым Дагаворным Бокам рэжым не менш спрыяльны ў адносінах да пакрыцця страт, адступных сум, кампенсацыі ці іншых выплат, чым да ўласных інвестараў і інвестараў трэціх дзяржаў. Гэтыя сумы павінны быць свабодна трансферыруемымі.

Артыкул 5

Кожны з Дагаворных Бакоў гарантуе інвестарам іншага Дагаворнага Боку свабодны трансфер плацяжоў у сувязі з інвестыцыямі, у прыватнасці:

- a) капіталу і дадатковых сум для падтрымання ці павелічэння аб'ёму інвестыцый;
- b) даходаў;
- в) сум, якія выплачваецца ў пагашэнне пазык;
- г) выручкі, якая ўзнікае ў сувязі з поўнай ці частковай ліквідацыяй ці продажам інвестыцый;
- д) кампенсацыі, якая прадугледжана ў артыкуле 4 дадзенага Дагавора.

Артыкул 6

Калі адзін з Дагаворных Бакоў ажыццяўляе выплату сум сваім інвестарам на падставе гарантыі інвестыцый, ажыццёўленых на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку, то гэты іншы Дагаворны Бок, не закранаючы праваў першага Дагаворнага Боку, што вынікаюць з артыкула 10 дадзенага Дагавора, будзе прызнаваць у сілу закона ці дагавора

schäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Dies schließt die Rechte des Investors nach diesem Vertrag mit ein.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3 oder Artikel 5 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Der Umtausch der Landeswährung der Vertragspartei in frei konvertierbare Währung erfolgt auf dem Devisenmarkt der Vertragspartei zu dem zu diesem Zeitpunkt dort geltenden Marktkurs.

(3) Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zu dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt nach seinem Inkrafttreten auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bit-

перадачу першаму Дагаворнаму Боку ўсіх правоў ці патрабаванняў гэтых інвестараў. Акрамя таго, іншы Дагаворны Бок прызнае ўступленне першага Дагаворнага Боку ва ўсе гэтыя правы ці патрабаванні (перададзеныя правы патрабавання), якія першы Дагаворны Бок мае права амыццяўляць у тым жа аб'ёме, што яго папярэднік па праву. Гэта ўключае і права інвестара ў адпаведнасці з дадзеным Дагаворам.

Артыкул 7

1. Трансфер плацяжоў, зазначаных у пунктах 2 або 3 артыкула 4 і ў артыкуле 5 будзе ажыццяўляцца неадкладна па адпаведным дзеючым курсе.

2. Абмен нацыянальнай валюты Дагаворнага Боку ў свабодна канверсаваную валюту ажыццяўляецца на яе валютным рынку па дзеючым на гэты момант рыначным курсе.

3. Гэты курс не павінен істотна адрознівацца ад сумяшчальнага курса (cross rate), што вынікае з тых разліковых курсаў, якія Міжнародны валютны фонд узяў бы за аснову пераразліку адпаведных валют у спецыяльныя правы запазычання ў момант, зазначаны ў пункце 2 гэтага артыкула.

Артыкул 8

1. Калі з заканадаўства аднаго Дагаворнага Боку ці міжнародна-прававых пагадненняў, існуючых паміж Дагаворнымі Бакамі разам з дадзеным Дагаворам ці заключаных імі ў будучым, вынікае агульнае ці спецыяльнае палажэнне, згодна з якім інвестыцыі інвестараў іншага Дагаворнага Боку карыстаюцца больш спрыяльным рэжымам, чым па дадзенаму Дагавору, то такое палажэнне будзе мець перавагу над палажэннямі дадзенага Дагавора ў той частцы, у якой яно больш спрыяльнае.

2. Кожны з Дагаворных Бакоў будзе прытрымлівацца любога іншага абавязацельства, якое ён прыняў на сябе ў адносінах да інвестыцый інвестараў іншага Дагаворнага Боку на сваёй тэрыторыі.

Артыкул 9

Дадзены Дагавор дзейнічае пасля яго ўступлення ў сілу таксама ў адносінах да інвестыцый, якія былі ажыццяўлены інвестарамі аднаго Дагаворнага Боку ў адпаведнасці з заканадаўствам іншага Дагаворнага Боку на яго тэрыторыі яшчэ да ўступлення ў сілу дадзенага Дагавора.

Артыкул 10

1. Спрэчкі паміж абодвума Дагаворнымі Бакамі аб тлумачэнні ці прымяненні дадзенага Дагавора будуць вырашацца, па магчымасці, Урадамі абодвух Дагаворных Бакоў.

2. Калі спрэчка не можа быць урэгулявана такім шляхам, то па патрабаванні аднаго з Дагаворных Бакоў яна перадаецца на рашэнне трацэйскага суда.

3. Трацэйскі суд ствараецца для кожнага канкрэтнага выпадку, прычым кожны Дагаворны Бок назначае па аднаму члену трацэйскага суда, і абодва члены трацэйскага суда сумесна дамаўляюцца аб кандыдатуры грамадзяніна трэцяй дзяржавы, які Урадамі абодвух Дагаворных Бакоў прызначаецца ў якасці старшыні трацэйскага суда. Члены трацэйскага суда павінны быць назначаны на працягу двух месяцаў, а старшыня трацэйскага суда - на працягу трох месяцаў з моманту, калі адзін з Дагаворных Бакоў паведаміць іншаму Дагаворнаму Боку аб сваім намеры перадаць спрэчку на вырашэнне трацэйскага суда.

4. Калі тэрміны, зазначаныя ў пункце 3 дадзенага артыкула, не будуць вытрыманы, то пры адсутнасці іншай дамоўленасці кожны з Дагаворных Бакоў можа звярнуцца да

ten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, kann das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragungs kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden. Sie können auf Verlangen des Investors dem zuständigen Gericht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist, unterbreitet werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

старшынi Міжнароднага суда ААН з просьбай ажыццявіць неабходныя прызначэнні. Калі старшыня мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў ці іншая прычына перашкаджае яму ажыццявіць прызначэнні, то гэтыя прызначэнні ажыццяўляюцца яго намеснікам. У тым выпадку, калі і намеснік старшынi мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў ці ён пазбаўлены магчымасці дзейнічаць, то прызначэнні ажыццявіць наступны па чыну член Міжнароднага суда, які не мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў.

5. Траццейскі суд выносіць сваё рашэнне большасцю галасоў. Гэта рашэнне канчатковае і мае абавязковую сілу. Кожны з Дагаворных Бакоў нясе выдаткі, што звязаныя з дзейнасцю прызначанага ім члена траццейскага суда, а таксама па свайму прадстаўніцтву ў арбітражным працэсе; выдаткі, звязаныя з дзейнасцю старшынi траццейскага суда, а таксама іншыя выдаткі Дагаворныя Бакі нясуць у роўных долях. Траццейскі суд можа прыняць рашэнне аб іншым урэгуляванні пытання аб нясенні выдаткаў. Па ўсіх астатніх пытаннях траццейскі суд вызначае парадак сваёй працы самастойна.

6. З улікам палажэнняў пункта 1 артыкула 27 Канвенцыі аб парадку вырашэння інвестыцыйных спрэчак паміж дзяржавамі і замежнымі асобамі ад 18 сакавіка 1965 года зварот да зазначанага ў дадзеным артыкуле траццейскага суда немагчымы ў тым выпадку, калі паміж інвестарам аднаго Дагаворнага Боку і іншым Дагаворным Бокам дасягнута дамоўленасць у адпаведнасці з артыкулам 25 Канвенцыі. Гэтым не закранаецца магчымасць звароту да зазначанага ў дадзеным артыкуле траццейскага суда ў выпадку невыканання рашэння траццейскага суда, які дзейнічае ў адпаведнасці з зазначанай Канвенцыяй (артыкул 27), або ў выпадку перадачы правоў у сілу закона ці на падставе палажэнняў артыкула 6 дадзенага Дагавора.

Артыкул 11

1. Спрэчкі адносна інвестыцый паміж адным Дагаворным Бокам і інвестарам іншага Дагаворнага Боку па магчымасці павінны рэгулявацца ўдзельнікамі спрэчкі дружэлюбным спосабам. Па патрабаванні інвестара яны могуць быць вынесены на разгляд адпаведнага суда таго з Дагаворных Бакоў, на тэрыторыі якога ажыццяўлена інвестыцыя.

2. Калі спрэчка не можа быць урэгулявана на працягу шасці месяцаў з моманту заявы аб ёй адным з бакоў, то па патрабаванні інвестара іншага Дагаворнага Боку яна перадаецца на рашэнне траццейскага суда. Калі бакі-удзельнікі спрэчкі не дамаўляюцца аб іншай працэдуры, то спрэчка будзе разглядацца ў траццейскім судзе ў адпаведнасці з Канвенцыяй аб парадку вырашэння інвестыцыйных спрэчак паміж дзяржавамі і грамадзянамі іншых дзяржаў ад 18 сакавіка 1965 г.

3. Рашэнне траццейскага суда мае абавязковую сілу і не падлягае ніякаму іншаму абскарджанню за выключэннем выпадкаў, што прадугледжаны названай Канвенцыяй. Рашэнне прыводзіцца ў выкананне ў адпаведнасці з нацыянальнымі заканадаўствам.

4. У час траццейскага разбору ці выканання рашэння траццейскага суда Дагаворны Бок, які ўдзельнічае ў спрэчцы, не будзе вылучаць у якасці аргумента тое, што інвестар іншага Дагаворнага Боку атрымаў частковую ці поўную кампенсацыю за панесеныя страты па дагаворы страхавання.

Артыкул 12

Дадзены Дагавор дзейнічае незалежна ад наяўнасці або адсутнасці паміж абодвума Дагаворнымі Бакамі дыпламатычных ці консульскіх адносін.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Minsk ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit sofern nicht eine der beiden Vertragspartei den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 2. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Артыкул 13

1. Дадзены Дагавор падлягае ратыфікацыі; абмен ратыфікацыйнымі граматамі будзе ажыццёўлены ў магчыма кароткі тэрмін у Мінску.

2. Дадзены Дагавор уступіць у сілу праз адзін месяц пасля абмену ратыфікацыйнымі граматамі. Ён будзе дзейнічаць на працягу дзесяці год. Калі ні адзін з Дагаворных Бакоў не паведаміць у пісьмовай форме аб дэнансацыі дадзенага Дагавора за дванаццаць месяцаў да сканчэння тэрміну яго дзеяння, дадзены Дагавор працягваецца на неабмежаваны тэрмін. Па сканчэнні дзесяці год дзеянне дадзенага Дагавора можа быць спынена ў любы час пры выкананні тэрміну дэнансацыі ў дванаццаць месяцаў.

3. У адносінах да інвестыцый, ажыццёўленых да моманту спынення дзеяння дадзенага Дагавора, палажэнні артыкулаў 1-12 будуць заставацца ў сіле на працягу далейшых дваццаці год з дня спынення дзеяння дадзенага Дагавора.

Учынена ў Боне 2 красавіка 1993 г., у двух аўтэнтычных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федэратыўную Рэспубліку Германія
Kastrup
Rexrodt

Für die Republik Belarus
За Рэспубліку Беларусь
Mjasnikowitsch

Protokoll

Пратакол

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

Пры падпісанні Дагавора паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб садзейнічання ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый уплываважаныя, што падпісаліся ніжэй, таксама дамовіліся аб наступных палажэннях, якія з'яўляюцца састаўной часткай Дагавора.

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

1. Да артыкула 1

- a) Даходы ад інвестыцый і, у выпадку іх паўторнага ўкладання, даходы ад іх, карыстаюцца аховай у роўнай ступені з інвестыцыямі.
- b) Без ушчамлення для іншых працэдур вызначэння грамадзянства, грамадзянінам аднаго Дагаворнага Боку, у прыватнасці, лічыцца любая асоба, якая мае нацыянальны пашпарт, выдадзены кампетэнтнымі органамі адпаведнага Дагаворнага Боку.

(2) Zu Artikel 2

- a) Eine Kapitalanlage ist dann entsprechend den Rechtsvorschriften der Republik Belarus vorgenommen, wenn sie ordnungsgemäß registriert ist.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

2. Да артыкула 2

- a) Інвестыцыя лічыцца ажыццёленай у адпаведнасці з заканадаўствам Рэспублікі Беларусь у тым выпадку, калі яна належным чынам зарэгістравана.
- b) Дадзены Дагавор дзейнічае таксама на тэрыторыі выключнай эканамічнай зоны і на кантынентальным шэльфе, наколькі Міжнароднае права дазваляе адпаведнаму Дагаворнаму Боку выкананне суверэнных правоў ці паўнамоцтваў у адносінах да гэтых тэрыторый.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikel 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Unternehmen gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertrags-

3. Да артыкула 3

- a) У якасці "дзейнасці" у сэнсе пункта 2 артыкула 3 дадзенага Дагавора патрэбна разглядаць, у прыватнасці, але не выключна, кіраванне і распараджэнне інвестыцыямі, а таксама іх прымяненне і выкарыстанне. У якасці "менш спрыяльнага" рэжыму ў сэнсе артыкула 3 дадзенага Дагавора патрэбна, у прыватнасці, разглядаць: абмежаванне ў набыцці сыравіны і дапаможных матэрыялаў, энергіі і паліва, а таксама ўсіх сродкаў вытворчасці і абаротных сродкаў, перашкоды збыту прадукцыі ўнутры краіны і за мяжой, а таксама іншыя меры з аналагічнымі вынікамі. Меры, якія прымаюцца ў інтарэсах грамадскай бяспекі і грамадскага парадку, аховы здароўя народа ці маралі, не лічацца "менш спрыяльным" рэжымам у сэнсе артыкула 3 дадзенага Дагавора.
- b) Палажэнні артыкула 3 дадзенага Дагавора не абавязваюць Дагаворны Бок распаўсюджаць падаткавыя льготы, вызваленні і скідкі, якія прадастаўляюцца ў адпаведнасці з падатковым заканадаўствам толькі фізічным асобам і прадпрыемствам з месцам жыхарства ці знаходжання на яго тэрыторыі, на фізічныя асобы або таварыствы з месцам жыхарства або знаходжання на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку.
- в) У рамках нацыянальнага заканадаўства Дагаворныя Бакі будуць дэмакратычна разглядаць заяўкі на ўезд і знаходжанне асоб аднаго Дагаворнага Боку, якія збіраюцца прыехаць на тэрыторыю іншага Дагаворнага Боку ў сувязі з інвестыцыямі; дадзенае палажэнне распаўсюджаецца таксама на працоўных аднаго

partei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch bei einer durch die andere Vertragspartei vorgenommenen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, wenn dadurch seine Kapitalanlage erheblich beeinträchtigt ist. Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber zwischen dem Investor und der anderen Vertragspartei gelten die Bestimmungen des Artikels 11 entsprechend.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

(7) Mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 2. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Дагаворнага Боку, якія ў сувязі з інвестыцыямі збіраюцца прыехаць на тэрыторыю іншага Дагаворнага Боку і знаходзіцца там з мэтай выканання працоўнай дзейнасці. Добрабычліва будучь разглядацца таксама заяўкі на выдачу дазволу на працу.

4. Да артыкула 4

Інвестар мае права патрабавання кампенсацыі таксама і ў выпадках нанясення іншым Дагаворным Бокам страт гаспадарчай дзейнасці прадпрыемства з яго долевым удзелам, калі тым самым наносіцца істотная страта яго інвестыцыям. У выпадку ўзнікнення спрэчак па гэтых падставах паміж інвестарам і іншым Дагаворным Бокам дзейнічаюць адпаведна палажэнні артыкула 11.

5. Да артыкула 7

Трансфер лічыцца выкананым „неадкладна“ у сэнсе пункта 1 артыкула 7 дадзенага Дагавора ў тым выпадку, калі ён выконваецца ў межах таго тэрміну, які пры нармальных абставінах патрабуецца для выканання фармальнасцей па яго ажыццяўленню. Тэрмін пачынаецца з моманту падачы адпаведнай заяўкі і ні ў якім разе не павінен перавышаць два месяцы.

6. Пры перавозе грузаў ці асоб у сувязі з інвестыцыяй ні адзін з Дагаворных Бакоў не будзе забараняць ці перашкаджаць транспартным прадпрыемствам іншага Дагаворнага Боку ажыццяўляць транспартныя аперацыі і будзе, калі неабходна, выдаваць дазволы на выкананне гэтых перавозак.

7. З уступленнем у сілу Дагавора паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый Дагавор паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Саюзам Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове капіталаўкладанняў ад 13 чэрвеня 1989 года ў адносінах паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь страчвае сілу.

Учынена ў Боне 2 красавіка 1993 г., у двух аўтэнтычных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федэратыўную Рэспубліку Германія

Kastrup
Rexrodt

Für die Republik Belarus
За Рэспубліку Беларусь
Mjasnikowitsch

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-belarussische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft.

Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in Belarus zu unterstützen. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen hat Belarus die Grundlage für ausländische Kapitalanlagen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in Belarus zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-belarussische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, ehemalige CSFR) und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Usbekistan, Ukraine) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm ist ein Protokoll beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Investor“ und „freier Transfer“. Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. In den Anwendungsbereich des Vertrags fallen neben deutschen und belarussischen Staatsangehörigen alle juristischen Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften, Vereinigungen oder Organisationen, die ihren Sitz in Deutschland oder in Belarus haben.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Absatz 3 genießen Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgenommen worden sind, den vollen Schutz des Vertrags. Nach der Protokollnummer 2 Buchstabe a ist dies für Belarus der Fall, wenn die Kapitalanlage ordnungsgemäß registriert wurde.

Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

In diesem Artikel ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung gewährleistet den Enteignungsschutz sowie Entschädigung und ein ordentliches Rechtsverfahren bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital, Erträgen, Darlehenszahlungen sowie Liquidationserlösen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Nach Protokollnummer 5 darf dabei eine Frist von zwei Monaten nicht überschritten werden. Nach Absatz 3 darf der Wechselkurs nicht wesentlich von dem Kreuzkurs abweichen,

der sich aus der Umrechnung der jeweiligen Währung in Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ergibt.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen diesem Vertrag vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Neben den bereits erwähnten Erläuterungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Nach Protokollnummer 7 tritt mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft.

14.07.95**Stellungnahme**
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 687. Sitzung am 14. Juli 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.